

Positionen des Vorstands zu aktuellen Fragestellungen: Beschluss des Bundesvorstands und Landesvorstands Niedersachsen (verabschiedet am 19.9.17, modifiziert am 26.09.17) zu den Landtagswahlen Niedersachsen 2017

Dies ist keine Ergänzung des Parteiprogramms, sondern eine vorläufige Positionierung auf Grundlage der Ergebnisse von Arbeitsgruppen im Auftrag des Bundesvorstands.

Wirtschaft	
Freihandelsabkommen wie CETA	Freihandelsabkommen wie CETA bergen viele Gefahren wie beispielsweise die Abschaffung von EU-Standards im Bereich Gesundheit, Umwelt und Arbeitsrecht sowie Demokratieunterwanderung durch Schiedsgerichte. Der Einfluss des Verbraucherschutzes würde zu sehr eingeschränkt.
Autohersteller, die Abgaswerte gefälscht haben, müssen ihre Kundschaft finanziell entschädigen.	Ja. Die KundInnen wurden getäuscht und haben nun einen massiven Wertverlust ihrer Wägen.
Das Land Niedersachsen soll seinen Sitz im Aufsichtsrat von VW behalten.	Wir haben die Wichtigkeit dieses Themas erkannt, aber noch keine abschließende Meinung dazu bilden können.
Verkaufsverbot an Sonntagen	... soll aufgehoben werden. Unter Berücksichtigung von arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen (freie Tage, Ruhezeiten, etc.) sollen VerkäuferInnen selbst entscheiden können, an welchen Tagen sie öffnen.
Staatüberschüsse sollten zum Abbau von Staatsschulden verwendet werden	Diese Aussage können wir nicht mit ja oder nein beantworten. Einerseits ist die Staatsverschuldung ist eine unzumutbare Bürde für nachfolgende Generationen, weshalb Schuldentrückzahlung wichtig ist und Steuerverschwendung entschlossen entgegengewirkt werden muss. Andererseits gibt es Bereiche, bei denen nicht gespart werden darf, weil sie einen Mehrwert für die Zukunft haben: Zum Beispiel Investitionen in moderne Infrastruktur zur CO2-Verringerung oder in Bildung.
Arbeit	
Sachgrundlose Befristung	Abhängig von der Unternehmensgröße sollen nur in Einzelfällen begründet befristete Verträge möglich sein. Unbefristete Verträge sind prinzipiell planungs- und familienfeindlich und laden zum Missbrauch ein.
Mindestvergütung für betriebliche Ausbildung	In Anlehnung an den Tariflohn soll für Auszubildende eine gesetzliche

	Mindestvergütung gelten. Bei Mangel an Ausbildungsplätzen muss der Staat Berufsfachschulen ausbauen.
Mindestlohn	Wir wollen eine Erhöhung auf mindestens 12 Euro. Das Gehalt muss den BürgerInnen ein menschenwürdiges Auskommen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Wer in einer Vollbeschäftigung arbeitet, muss mit seinem Einkommen den Lebensunterhalt bestreiten können.
Leiharbeit	Es sind Gesetzesänderungen im Sinne einer gerechten Beschäftigung nötig: Leiharbeitern muss von Anfang an der gleiche Tariflohn wie Stammbeschäftigten bezahlt werden. Die Höchstüberlassungsdauer muss auf den Arbeitsplatz, nicht auf den Arbeiter bezogen sein.
Offenlegung der Löhne von Männern und Frauen in Unternehmen	... ist auch für Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten zu fordern. Für gleiche Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden, unabhängig von der Unternehmensgröße. Um das zu gewährleisten, ist Transparenz von Seiten der Unternehmen nötig.
Frauenquote	Die Frauenquote ist ein wichtiges Werkzeug, um den Anteil an Frauen in Führungspositionen zu erhöhen und der bevorzugten Einstellung von Männern entgegenzuwirken.
Bundestag/ Landtag	
Wechsel ehemaliger Abgeordneter in die Wirtschaft	... muss erschwert werden, z.B. durch längere Übergangszeit. Lobbyismus und Einflussnahme auf Politiker von Seiten der Wirtschaft müssen stärker bekämpft werden, um deren Unabhängigkeit bei Entscheidungen zu gewährleisten.
Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre	Wir sind dafür, unter der Voraussetzung, dass in den Schulen frühzeitig politische und demokratische Grundlagen unterrichtet werden.
Erfassung von InteressensvertreterInnen im Bundestag durch Lobbyregister	Der Einfluss von Interessensvertreter auf Politiker muss eingeschränkt werden, um unabhängige Entscheidungen zu gewährleisten.
Familie und Bildung	
Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum	Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum soll bis zu einer bestimmten Höhe steuerfrei

	sein, weil er in den meisten Fällen Verschuldung bedeutet. Zu dieser kommt für die Käufer die zusätzliche Belastung durch die Grunderwerbssteuer.
Kinderfreibetrag bei der Besteuerung von Einkommen	... sollte erhöht werden. Kinder sind eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft, weshalb Familien unbedingt finanziell entlastet werden müssen.
Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung	Sollten Eltern (als Option) bis zum Ende der Grundschulzeit haben. Das Bildungssystem muss den Anforderungen der modernen Welt gerecht werden. Eltern arbeiten oft Vollzeit. Die Digitalisierung führt dazu, dass Kinder sich nachmittags zu viel mit Medien beschäftigen. Eine professionelle Ganztagsbetreuung sollte sportliche und musikalische Aktivitäten ermöglichen.
Mehr Kompetenzen des Bundes in der Schulpolitik	Ja! Ausbildung und Abschlüsse sind deutschlandweit so gleichwertig wie möglich zu gestalten. Durch die Anforderungen des modernen Arbeitsmarktes sind Umzüge von Familien heutzutage Normalität. Den SchülerInnen sollte durch vom Bund konzipierte Lehrpläne der Wechsel zwischen Bundesländern erleichtert werden.
In den Lehrplänen der Schulen soll der Schwerpunkt eher auf Naturwissenschaften und Technik statt auf Fächern wie Kunst und Sozialkunde liegen.	Nein! Die Lehrpläne müssen den Kindern eine Entfaltung ihrer Potentiale ermöglichen.
Gesamtschulen	... sollten erhalten bleiben, da sie den Kindern ermöglichen, lange mit- und voneinander zu lernen. Heterogenität in den Lernvoraussetzungen müssen dabei nicht als Nachteil begriffen werden. Trotzdem muss eine individuelle Förderung und Differenzierung möglich sein.
Kinder sollen mehr Zeit mit ihren Eltern verbringen, statt nachmittags an der Schule betreut zu werden.	Dies müssen Familien eigenverantwortlich entscheiden. Die Einführung eines BGE würde diese Wahlfreiheit gewährleisten.
Das „Sitzenbleiben“ in der Schule soll abgeschafft werden.	Ja, denn der Druck durch Noten bringt SchülerInnen nicht dazu, mehr zu leisten. Noten sollten ein Anhaltspunkt sein zur Einordnung von Leistungsstand und Fähigkeiten bzw. zur Laufbahneempfehlung.
Verbeamtung von Lehrkräften	Da Lehrkräfte im Dienste des Staates Erziehungsarbeit leisten, ist eine Verbeamtung richtig.
Muslimischen Religionsunterricht	...befürworten wir. Der muslimische Religionsunterricht soll auf der Grundlage eines von den Kultusministerien konzipierten Lehrplans erteilt werden. In diesem Lehrplan

	soll auch Wissen über andere Religionen berücksichtigt werden.
Gebührenfreie Kitas	Wir sind dafür. Die Kita stellt einen ersten Schritt ins Bildungssystem dar. Wie alle Bildungsinstitutionen sollte die Kita gebührenfrei sein, um Chancengleichheit herzustellen. Eltern sollten entscheiden können, welches Modell (Betreuung zuhause oder in Kita) sie wählen.
Umstellung der Studiengänge an öffentlichen Hochschulen auf Diplom und Magister	Nein! Bachelor und Master sind internationale Standards und sollten deshalb beibehalten werden. Eine Rückkehr würde lediglich Chaos, sowie hohen Aufwand und Kosten bedeuten.
Generell elternunabhängiges Bafög	Wir sind dafür, denn eine solche einheitliche Regelung gewährleistet Chancengleichheit und Entscheidungsfreiheit für Auszubildende, da sie die Rückzahlung des Bafögs selbst verantworten.
Sozialpolitik und Gesellschaftliche Fragen	
Sozialer Wohnungsbau	... muss dringend gefördert werden. Gerade in Ballungsräumen herrscht Wohnungsnot, was zur Folge hat, dass Geringverdiener sich angemessene Wohnungen kaum noch leisten können oder Probleme haben, in ein Mietverhältnis zu kommen. Hier muss der Staat dringend Abhilfe schaffen.
Mietpreisbremse	... muss erhalten bleiben, um den BürgerInnen in Ballungsräumen bezahlbaren Wohnraum zu garantieren.
Gesetzliche Rente oberhalb der Grundsicherung	... ist notwendig. Jede Arbeit, auch die nicht entlohnte (z.B. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen), muss gerecht gewürdigt werden. Deshalb haben RentnerInnen Anspruch auf ein würdiges Auskommen.
Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst	... sollte es anteilig mehr geben. Auch die Besetzung des öffentlichen Dienstes sollte der realen Bevölkerungsverteilung entsprechen.
Bevorzugte Einstellung von Deutschen oder EU-Bürgern statt AusländerInnen mit Aufenthaltserlaubnis	... ist ungerecht. Die Einstellung sollte nach Qualifikation erfolgen, eine Verdrängung der deutschen BürgerInnen aus dem Arbeitsmarkt ist populistische Meinungsmache und nicht zu befürchten.
In Niedersachsen sollen islamische Feiertage auch als offizielle Feiertage anerkannt werden.	Wir haben die Wichtigkeit dieses Themas erkannt, aber noch keine abschließende Meinung dazu bilden können.

Vollverschleierung muslimischer Frauen in der Öffentlichkeit	...darf nicht verboten werden. Die Vollverschleierung fällt unter die Religionsfreiheit und ermöglicht vielen muslimischen Frauen erst die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.
Steuern	
Vermögenssteuer	Ein großes Vermögen bedeutet auch eine große soziale Verantwortung. Zu dieser sozialen Verantwortung sollten Vermögende durch eine höhere Besteuerung verpflichtet werden.
Solidaritätszuschlag	Wir sind für eine Abschaffung. Der Solidaritätszuschlag hat keine Berechtigung mehr und bedeutet eine unnötige Belastung der BürgerInnen.
Besteuerung des Handels mit Finanzprodukten (z.B. Aktien, Anleihen, Devisen)	Die Finanztransaktionssteuer ist wichtig, um spekulative Geschäfte zu bremsen. Genauso wie jeder andere Handel besteuert wird, muss auch der Handel mit Finanzprodukten besteuert werden.
Versteuerung von Unternehmensgewinnen	... müssen in dem Land erfolgen, in dem sie erwirtschaftet wurden. Durch die Versteuerung global agierender Konzerne im Ausland, die ihre Produkte in Deutschland verkaufen, entstehen jährlich Steuereinbußen in Milliardenhöhe. Diese Steuervermeidung von multinationalen Unternehmen gilt es zu bekämpfen. Um Gewinne zu erzielen, nutzen diese die Infrastruktur des Landes. Unternehmen sollen ihre Steuern auf Gewinne also in den Ländern entrichten, in denen sie ihre Waren verkaufen.
Kerosin (Flugzeugbenzin)	Aus ökologischer Sicht ist die EU-weite Besteuerung von Kerosin unerlässlich.
PKW-Maut	... lehnen wir ab. Es ist zu befürchten, dass die Einführung der PKW-Maut mehr kostet als sie einbringt. Außerdem besteht die Gefahr, dass Straßen privatisiert werden.
Sicherheit	
Bundeswehr im Inland bei Terrorismusbekämpfung	... lehnen wir ab. Die Bundeswehr sichert im Verteidigungsfall Demokratie und Außengrenzen. Bei Staatsnotstand und Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist bereits ein Einsatz von Bundeswehrtruppen zulässig. Darüber

	hinaus könnten Teile der Bundeswehr in Friedenszeiten für polizeiliche Verwaltungsaufgaben, eingesetzt werden.
Wehrpflicht	... soll nicht wieder eingeführt werden. Wir streben Abrüstung und Konfliktlösung im Dialog an. Die Armee soll eine Berufsarmee zu Verteidigungszwecken sein.
Sichtbarere Polizei im öffentlichen Raum, um Kriminalität besser zu bekämpfen	... ja, denn der Staat muss dem Sicherheitsbedürfnis der BürgerInnen Rechnung tragen. Die Polizei muss personell aufgestockt werden.
Polizeikräfte in Niedersachsen sollen zusätzlich mit Elektroschockpistolen (sog. „Tasern“) ausgestattet werden.	Wir haben die Wichtigkeit dieses Themas erkannt, aber noch keine abschließende Meinung dazu bilden können.
Niedersächsische Polizeikräfte sollen eine persönlichen Kennzeichnung zur Identifizierung tragen.	Wir haben die Wichtigkeit dieses Themas erkannt, aber noch keine abschließende Meinung dazu bilden können.
Fake News und Menschenverachtendes im Netz	Falschinformationen beeinflussen die Meinungsbildung und können Emotionen hervorrufen, was gefährlich sein kann. Gerade wegen der unüberschaubaren Informationsflut im Internet sollten Seitenbetreiber auf ihre Inhalte achten und gegebenenfalls löschen.
Überwachung der Onlinekommunikation	...soll nicht eingeschränkt werden. Onlinekommunikation wird immer wichtiger und darf kein blinder Fleck für die Behörden sein. Entsprechende Maßnahmen sollten jedoch weiterhin ausschließlich auf richterlichen Beschluss möglich sein.
Vorratsdatenspeicherung	Vorratsdatenspeicherung ist ein Eingriff in die Privatsphäre ohne hinreichenden Grund.
Videoüberwachung im öffentlichen Raum	...soll nicht ausgeweitet werden. In einer Zeit, in der jeder Mensch ein Foto-Handy in der Tasche hat und das bei auffälligen Vorkommnissen auch nutzt, erübrigt sich ein teurer Eingriff in die Privatsphäre des Einzelnen. Zudem kann nie sichergestellt werden, dass Unbefugte auf die Bilddateien zugreifen. Kritische öffentliche Orte sind bereits überwacht, darüber hinaus wird ein Mehr an Überwachung keine Gefahren eindämmen, sondern lediglich einen Eingriff in die Privatsphäre darstellen.
Ausländer, die im Verdacht stehen eine schwere Straftat in Deutschland zu begehen, sollen abgeschoben werden.	Nein, ein bloßer Verdacht darf keine Abschiebung rechtfertigen. Es gilt zunächst die Unschuldsvermutung. Allerdings müssen „Gefährder“ überwacht werden.
Straffällig gewordene Asylsuchende sollen in	Diese These können wir nicht pauschal mit

jedem Fall abgeschoben werden.	ja oder nein beantworten. Es kommt zum einen auf die Art der Straftat, zum anderen auf das jeweilige Herkunftsland und den individuellen Fall an (Gefährdung von Leib und Leben bei einer evtl. Rückführung).
Strafverfolgung von Kindern unter 14 Jahren	Hier soll noch keine Verurteilung erfolgen. Kinder in der Entwicklung müssen begleitet, nicht bestraft werden. Dazu müssen staatlich unterstützte erzieherische Maßnahmen weiter gestärkt werden, welche den Kindern helfen, zukünftig nicht mehr delinquent zu werden.
Staatliche Finanzierung von Projekten gegen Rechtsextremismus	...ist sehr wichtig. Gerade in einer Zeit, in der rechtspopulistische Parteien wieder vermehrt Zulauf erhalten, muss verstärkt gegen Rechtsextremismus vorgegangen werden. Aufklärung und Aussteigerprogramme sind dazu wirksame und förderungswürdige Maßnahmen. Es ist eine Verpflichtung der Regierung dafür zu sorgen, dass Menschen in einer gewaltfreien Umgebung leben können.
Linksextremismus muss stärker bekämpft werden	Ja. Wir sprechen uns gegen Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen aus.
Völkermord an den europäischen Juden als zentraler Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur	Der Besonderheit der neueren deutschen Geschichte mit zwei Weltkriegen, zwei Diktaturen und der deutschen Teilung muss die Erinnerungskultur in Hinblick auf eine Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Friedens zwischen den Völkern gerecht werden. In Zeiten des Zulaufs von rechtspopulistischen Parteien ist Erinnerungskultur wichtiger denn je.
Gesundheit	
Beiträge zur Krankenversicherung	... müssen wieder je zur Hälfte von AG und AN getragen werden, um eine finanzielle Entlastung der BürgerInnen zu erreichen.
Aktive Sterbehilfe	Das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit unheilbaren Krankheiten über ihren Tod muss ihnen zuerkannt werden.
Länger als 10 Tage Lohnersatzleistungen vom Staat bei Pflege von Angehörigen	... diese Regelung muss eingeführt werden. Aufgrund der Altersstruktur in der Gesellschaft wird Pflege in Zukunft immer wichtiger werden. Den BürgerInnen muss es finanziell möglich sein,

	Pflege von Angehörigen zuhause zu leisten. Ein BGE würde dies ebenfalls möglich machen.
Ärzte sollen sich frei aussuchen können, wo sie arbeiten wollen, auch wenn es dadurch weniger Ärzte in ländlichen Regionen gibt	Nein, die Nahversorgung der PatientInnen muss unbedingt sichergestellt werden.
Impfpflicht	Eltern sollen wissenschaftlich fundiert aufgeklärt werden, unabhängig von der Pharmaindustrie. Entsprechende Studien sind in die Hände unabhängiger Forschungseinrichtungen zu geben. Eine staatliche Impfpflicht wird abgelehnt.
Umwelt	
Die Leitungen zu den großen Windparks in der Nordsee sollen unterirdisch verlegt werden.	Ja, auch wenn dadurch höhere Kosten entstehen. Allerdings sollten die Leitungen möglichst langlebig entwickelt werden. Beim Bau darf außerdem so wenig intakte Natur wie möglich zerstört werden.
Zum Schutz der Wirtschaft sollen keine weiteren Schutzgebiete für Tiere und Pflanzen (sog. "FFH" -Gebiete) ausgewiesen werden.	Der Erhalt der ohnehin bedrohten Artenvielfalt muss durch Rückzugsräume für Tiere in Schutzgebiete gewährleistet werden. Wirtschaftliche Erfordernisse dürfen nie wichtiger sein als der Erhalt von Tier- und Pflanzenarten.
Verbot von Fracking	Ja, weil wir für einen Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen sind.
Vertiefung von Flüssen für Containerschiffe	Sollten nicht genehmigt werden, denn Containerschiffe belasten die Umwelt stark.
Fahrverbote für Diesel in Städten	Wir sprechen uns für Fahrverbote aus, um die Gesundheit der BürgerInnen zu schützen.
Inneres	
Doppelte Staatsbürgerschaft	Wir sind dafür. Die doppelte Staatsbürgerschaft trägt dem Verwurzelsein in zwei Kulturen Rechnung und entspricht deshalb der Lebenswirklichkeit.
Internetzugang	Jede/r BürgerIn muss einen Rechtsanspruch haben. Ein Internetzugang ermöglicht heutzutage gesellschaftliche Teilhabe und Zugang zu Informationen.
Volksentscheide auf Bundesebene	Auf Bundesebene haben die BürgerInnen nur eingeschränkt die Möglichkeit, an der Gesetzgebung mitzuwirken. Volksentscheide auf Bundesebene zu bestimmten Themen

	<p>wie z.B. Verbraucherschutz, Tierschutz, Umweltschutz oder Baurecht würden dem Willen des Volkes und nicht den Interessen dominierender Wirtschaftszweige gerecht werden.</p> <p>Dabei müssen allerdings Einflüsse von Lobbygruppen zurückgedrängt und den Bürgern alle Seiten einer Entscheidung von neutraler Seite möglichst transparent gemacht werden.</p>
Bei der Umsetzung großer Infrastrukturprojekte soll mehr Verantwortung an private Unternehmen abgegeben werden.	Nein, denn Infrastrukturprojekte kommen der Allgemeinheit zugute und sollten sich nach deren Wohl, nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausrichten.
Grundversorgung für Gas, Wasser und Strom	... soll sich ausschließlich in öffentlicher Hand befinden.
In Bussen und Bahnen des Nahverkehrs soll ein generelles Alkoholverbot gelten.	Ja, um den Fahrgästen ein größtmögliches Maß an Verkehrssicherheit zu gewährleisten.
Zusammenlegung von Gemeinden	...ist aus Kostengründen sinnvoll.
Statt etablierter Theater- und Orchesterhäuser soll der Staat lokale Kunst- und Kleinkunstformen mit mehr Geld unterstützen.	Ja, denn lokale Kunst- und Kleinkunstformen kämpfen oft ums Überleben, sind aber ein wichtiger Teil von Kulturangebot und kreativer Möglichkeiten vor Ort.
Verbot von Plastikeinkaufstüten im Einzelhandel	Wir sind dafür. Sowohl Plastik- als auch Papiertüten bieten zwar kurzfristigen Komfort, sind aber von einem ökologischen Standpunkt aus unverträglich. Konsumenten müssen dazu angehalten werden, selbst mitzudenken. Zusätzlich könnte man ein Tüten- und Kistenleihsystem, ähnlich der Pfandkisten, einführen. Tüten und Kisten sollten dann aus Recyclingmaterial hergestellt werden.
Internationales	
Wirtschaftsregierung für EU-Zone	... sollte es nur unter Auflagen geben: Die Wirtschaftsregierung sollte unbedingt Standards der Nachhaltigkeit und Gemeinwohlökonomie einhalten und übermächtigen Konzerninteressen Einhalt gebieten müssen.
Schuldenschnitt für Griechenland	... hier muss man abwägen. Ein Schuldenerlass kann nur zustande kommen, wenn der Schuldner alles Erdenkliche getan hat, um aus der Verschuldung herauszukommen, es jedoch aus eigener

	<p>Kraft nicht schafft. Vor einem Schuldenschnitt für Griechenland muss wiederum seitens der Regierung eine adäquate Unterstützung erfolgen, die Griechenland zu sozialer und wirtschaftlicher Souveränität führt.</p>
Sanktionen gegen Russland	<p>... sollten beendet werden. Sanktionen und ihre Auswirkungen treffen immer die Falschen. Der bi- und multilaterale Dialog muss im Vordergrund stehen. Durch Handel entsteht Völkerverständigung, durch Sanktionen verhärten sich die Fronten.</p>
Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei	<p>... sollen abgebrochen werden. Als Wertegemeinschaft darf die EU keine Abstriche bei ihren Ansprüchen an die demokratische Ausrichtung ihrer Mitgliedsstaaten machen. Sozialgemeinschaftliche Interessen und Menschenrechte wiegen dabei schwerer als wirtschaftliche Interessen.</p>
Rückkehr zu einer nationalen Währung	<p>Wir sind dagegen. Die EU muss als Werte- und Solidargemeinschaft erhalten bleiben. Deutschland profitiert sehr vom Euro als gemeinsame Währung und dem damit zusammenhängenden innereuropäischen Handel. Dieser Handel ist eine wichtige Grundlage der innereuropäischen Verständigung.</p>
Abschiebungen nach Afghanistan	<p>...müssen beendet werden. Afghanistan ist nicht sicher. Wir fordern ausschließlich Einzelfallentscheidungen über Asyl, die mehrere Aspekte des individuellen Falls abwägen. Hierfür ist ein EU-Konsens über sichere Herkunftsländer sinnvoll, kann aber nicht die einzige Entscheidungsgrundlage sein.</p>